EUROPÄISCHE INTEGRATION 26.03.2015 | Yanis Varoufakis

Genug mit dem toxischen Schwarzen-Peter!

Wir brauchen eine Deeskalation der Missgunst in Europa.

Günther Jauch zeigte kürzlich im Fernsehen ein nachbearbeitetes Video von mir aus der Zeit, bevor ich griechischer Finanzminister war, in dem ich seinem Land den „Stinkefinger“ zeigte. Die Reaktion darauf zeigt die potenziellen Auswirkungen einer angeblichen Geste insbesondere in schwierigen Zeiten. Vor der Finanzkrise von 2008, die die Schwächen der europäischen Währungsunion aufgezeigt und stolze Länder gegeneinander aufgebracht hat, hätte die Ausstrahlung des Videos gewiss keine derartige Aufregung zur Folge gehabt.

Als die griechische Regierung Anfang 2010 ihre Schulden gegenüber französischen, deutschen und griechischen Banken nicht mehr bedienen konnte, sprach ich mich gegen ihr Bemühen um einen enormen neuen Kredit seitens der europäischen Steuerzahler aus, um diese Schulden zurückzuzahlen. Ich gab dafür drei Gründe an.

Zunächst einmal stellten die neuen Kredite weniger eine Rettung Griechenlands dar als eine zynische Verschiebung privater Verluste aus den Büchern der Banken auf die Schultern der verwundbarsten Bürger Griechenlands. Wie viele von Europas Steuerzahlern, die die Zeche für diese Kredite zahlen, wissen, dass über 90 Prozent der 240 Milliarden Euro, die Griechenland aufnahm, an Finanzinstitute gingen und nicht an den griechischen Staat oder seine Bevölkerung?

Zweitens war es angesichts der Tatsache, dass Griechenland schon damals seine bestehenden Kredite nicht zurückzahlen konnte, offensichtlich, dass die erzwungene Sparpolitik, die die Voraussetzung der „Rettungsaktionen“ war, die griechischen Nominaleinkommen in den Keller drücken würde – was die Staatsverschuldung noch untragbarer machen würde. Wenn die Griechen dann keine Rückzahlungen auf ihre monumentalen Schulden mehr würden leisten können, würden erneut deutsche und andere europäische Steuerzahler einspringen müssen. (Die reichen Griechen hatten ihre Einlagen natürlich längst in Finanzzentren wie Frankfurt und London verschoben.)

Und schließlich musste es den Zusammenhalt innerhalb der Eurozone untergraben, wenn man die Menschen und Parlamente täuschte, indem man die Bankenrettung als Akt der „Solidarität“ verkaufte, ohne den griechischen Normalbürgern zu helfen – ja, diese Bürger tatsächlich benutzte, um den Deutschen eine noch schwerere Bürde aufzuerlegen. Die Deutschen wandten sich gegen die Griechen, die Griechen gegen die Deutschen, und als weitere Länder in haushaltspolitische Nöte gerieten, wandte sich Europa gegen sich selbst.

„Radikale“ Argumente wurden ignoriert

Tatsache ist, dass Griechenland kein Recht hatte, sich zu einer Zeit, als seine öffentlichen Schulden nicht mehr zu bewältigen waren, Geld von den deutschen oder anderen europäischen Steuerzahlern zu borgen. Bevor Griechenland irgendwelche Kredite aufnahm, hätte es eine Umschuldung einleiten und in Bezug auf das Geld, das es seinen Gläubigern aus dem privaten Sektor schuldete, einen Schuldenschnitt durchsetzen müssen. Aber dieses „radikale“ Argument wurde damals weitgehend ignoriert.

In ähnlicher Weise hätten die europäischen Bürger verlangen sollen, dass sich ihre Regierungen weigern sollten, eine Übertragung privater Verluste auf sie selbst auch nur in Betracht zu ziehen. Aber das taten sie nicht, und so wurde diese Übertragung kurze Zeit später umgesetzt.

Das Ergebnis war der größte von den Steuerzahlern unterlegte Kredit der Geschichte, und er wurde unter der Voraussetzung ausgereicht, dass Griechenland eine derart strikte Sparpolitik verfolgen müsse, dass seine Bürger ein Viertel ihrer Einkommen verloren – was es unmöglich machte, private oder öffentliche Schulden zurückzuzahlen. Die daraus resultierende und noch immer anhaltende humanitäre Krise ist tragisch.

Fünf Jahre nach Umsetzung der ersten Rettungsaktion steckt Griechenland weiter in der Krise. Die Animosität zwischen den Europäern ist ausgeprägter denn je, und insbesondere Griechen und Deutsche sind inzwischen auf einen Punkt moralischer Effekthascherei, gegenseitiger Schuldzuweisungen und offener Feindseligkeit abgesunken.

Wirksame Reformen und wachstumsfördernde

Von diesem toxischen Schwarzer-Peter-Spiel profitieren einzig Europas Feinde. Es muss

politische Strategien sind unverzichtbar.

aufhören. Nur dann kann Griechenland – mit der Unterstützung seiner europäischen Partner, die ein Interesse an seiner wirtschaftlichen Erholung teilen – sich auf die Umsetzung wirksamer Reformen und wachstumsfördernder politischer Strategien konzentrieren. Dies ist unverzichtbar, um Griechenland endlich in die Lage zu versetzen, seine Schulden zurückzuzahlen und seine Verpflichtungen gegenüber seinen Bürgern zu erfüllen.

In praktischer Hinsicht bietet die Vereinbarung mit der Eurogruppe vom 20. Februar, die eine viermonatige Stundung der Kredittilgung vorsieht, eine wichtige Gelegenheit, Fortschritte zu erzielen. Wie die griechische Regierung bei einem formlosen Treffen in Brüssel in der letzten Woche drängte, sollte sie sofort umgesetzt werden.

Längerfristig müssen die europäischen Führungen zusammenarbeiten, um die Währungsunion so umzugestalten, dass sie gemeinsamen Wohlstand fördert, statt gegenseitige Ressentiments anzuheizen. Dies ist eine gewaltige Aufgabe. Doch mit ausgeprägtem Zielbewusstsein, einer geeinten Strategie und vielleicht ein oder zwei positiven Gesten lässt sie sich bewältigen.

(c) Project Syndicate



Yanis Varoufakis
Athen

Yanis Varoufakis ist Wirtschaftsprofessor an der Universität von Athen. Er war von Januar bis Juli 2015 Finanzminister Griechenlands. Im Februar 2016 gründete er mit anderen Mitstreitern die Bewegung DiEM25.

Hans Oppenheimer schrieb am 26.03.2015

Ja, wir brauchen eine "Deeskalation der Missgunst".

Doch warum muss die Lösung "mehr Europa" sein? Warum nicht einfach de-integrieren und die Wege des Anderen (der Griechen oder Deutschen) anerkennen? Warum nicht inner-europäische Regulierungskompetenz fördern und Fragmentierung wagen?

Integration und Kompetenzverlagerung bedeuten Machtkonzentration. Das kann doch nicht im sozialdemokratischen Interesse sein! Wir müssen den Einzelnen stärken, das geht aber nicht über die EU!

Alexis schrieb am 26.03.2015

Der Mann macht seine Sache sehr gut, und aller politischer Gegenwind bestätigt das. Es ist traurig das der Großteil der deutschen Bevölkerung sich so blenden und manipulieren lässt das Nationen gegeneinander aufgehetzt werden um die Tatsachen zu verschleiern.

Berthold Killait schrieb am 31.03.2015

Die Analyse von Varoufakis ist zutreffend. Die Fehler begannen allerdings nicht bei der Finanzkrise im Jahre 2008, sondern vor dem Beitritt zur Euro-Zone. Spätestens ab dem Beitritt zur Euro-Zone hätte das Steuer- und Abgabensystem sowie die Ausgabenseite schrittweise auf ein nachhaltiges Gleichgewicht umgestellt werden müssen, was aber nicht erfolgt ist. Die Politik der "Troika" steht den Bedürfnissen Griechenlands entgegen. Kurzfristig ergibt sich die Option eines Ausstiegs aus dem Euro, um eine Defizitpolitik wieder mit der Landeswährung zu finanzieren. Die zweite Option besteht in der Bereitstellung weiterer Finanzhilfen, um das gegenwärtig notwendige "Defizit-spending" für einen begrenzten Zeitraum, in dem die notwendigen Reformen erfolgen müssen, zu finanzieren. Die Chancen, dieses durchzusetzen, wurden allerdings schon vor Einführung des Euro verpasst. Bei der zweiten Option stellt sich die Frage, ob etwas zu schaffen ist, was seit Jahrzehnten nicht gelang und wer dafür herangezogen werden soll. Vor der Offenlegung der Antworten scheut die Bundesregierung und die EU zurück, weil damit die Stunde der Wahrheit

beginnen würde.

Istanbulu schrieb am 31.03.2015

Ich nehme Herrn Varoufakis den Wunsch nach Deeskalation ab. Bei europäischer Innenpolitik sollte es noch deutlicher sein, dass Polemik und Chauvinismus fehl am Platz sind. Herr Jauch sollte sich für den Versuch, seine mittelmäßige Sendung damit aufzupeppen, entschuldigen. Herr Schäuble wäre ohne den Oberlehrerton erfolgreicher. Die Forderung nach finanziellem Ausgleich für die Besatzung im 2. Weltkrieg wird auch von deutsch-griechischen Initiativen seit den 1980ern erhoben und muss mit Respekt behandelt werden. Nur damit kann die wunderbare Chance einer europäischen Friedens- und Gerechtigkeitsordnung weiter gedeihen.

Friedrich Grimm schrieb am 31.03.2015

Ein Beitrag, der mit alten, von verschiedenen Medien ständig neu aufgewärmten, Vorurteilen aufräumt. Leider hat auch unsere Frau Bundeskanzlrerin mit unbedachten Äußerungen den Stammtisch bedient. Frau Merkel

musste ja wieder einmal Wahlen gewinnen. Es diese von Unehrlichkeit durchzogene Politik. Politik, die den Namen nicht verdient, weil sie stets nur auf Machterhalt und nicht auf eine vernünftige Entwicklung für das Allgemeinwohl angelegt ist.

Rainer Bohnet schrieb am 31.03.2015

Yanis Varoufakis ist zuzustimmen. Für die strukturelle Krise Griechenlands ist die aktuelle Regierung nicht verantwortlich zu machen. Mich würde auch dringend interessieren, welchen Deal der heutige EZB-Chef Mario Draghi im Jahr 1998 als damaliger Vizepräsident von Goldman Sachs zu Ungunsten Giechenlands zu verantworten hat.

Es geht um die politische Zukunft Europas. Und der Primat liegt auf der Politik und den Menschen.

Manuela El-Khatib schrieb am 31.03.2015

Vieles, was Yanis Varoufakis zu sagen hat, überzeugt mich. Nichts überzeugt mich, was unsere deutsche Regierung zu Griechenland zu sagen hat. Diese Regierung

erteilt den politischen Eliten in Europa Lektionen. Das lässt hoffen. Das Europa, wie es von den politischen Eiten konstruiert wird, ist nicht das Europa, das wirklich Lebensqualität, also Frieden, Zusammenhalt, Wohlstand und Gleicherechtigung, in Zukunft ermöglicht. Es macht Reiche reicher und die Armen leider ärmer - mit weltweiter Auswirkung.

Jon Hughes schrieb am 31.03.2015

Natürlich wurden die Banken gerettet, aber Griechenland auch! Wer hat die Schulden und bei wem gemacht? Wer hätte das Geld nicht nehmen und geben dürfen? Sowohl das Bankensystem als auch Griechenland ist too big to fail. Dass das Geld weg ist, ist eine einfache Tatsache. Wer hat die Zahlen manipuliert, um in den Euroraum zu kommen? Schade, dass Merkel verhinderte, dass Papandreou's Volksentscheid storniert wurde. Man sieht, wie wichtig solch eine Legitimation jetzt gewesen wäre. Schade auch, dass Kollege Varoufakis nicht versucht hat, ein linkes paneuropäisches Bündnis gegen absurde Sparmaßnahmen zu bilden. War es Eitelkeit oder einfach, dass es immer am Einfachsten ist, als Nationalist zu agieren? Die existentielle Frage ist jedoch: Was sind

die Konsequenzen?

Kim J Singh schrieb am 31.03.2015

Bis die Sendung mit Herrn Minister Prof Yanis Varoufakis, war Herr Jauch für mich der Leuchtturm in unsere sonst, eine schlechter wie der andere Talkshow Landschaft. Die Mehrheit glaubt immer noch an der Grieschische (Irische) Rettung. Nach dem unsere Politiker und Media uns keine Klarheit über die Ursachen und Folgen haben geben können - möglicherweise Verstehen Sie die Zusammenhänge selbst auch nicht. Es gibt viele Fach Bücher. Zu Empfehlen sind Zwei ("Nur Deutschland kann den Euro Retten" von Herrn Heiner Flassbeck) und auf 60 Seiten legt Herr Minister Professor Yanis Varoufakis seiner " Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise" vor. Eine vergleichbare ehrlichere Vorschlag von der EU oder von unsere Regierung ist mir nicht bekannt. Eine neue Sendung Herr Jauch um die Zusammenhänge zu erklären warum, wie und Wohin Geld aus eine Tasche ins andere geht wird hilfreich. Die Grieschen haben über ihre Verhältnisse gelebt, wird nicht bestritten. Wo ist das Geld hin?

Ben Nevis schrieb am 31.03.2015

Die Lösung ist gut und richtig. Um diesem Vortrag zu folgen sollte man sich an unsere Hymne erinnern. Es steht bereits in unserer Nationalhymne: "Einigkeit und recht und Freiheit."

Nur diesen einfachen schlichten Worten zu folgen ist wohl nicht gerade "wirtschaftlich".

Hungerleider schrieb am 31.03.2015

Heute Abend "Die Anstalt" (ZDF, 22.30 Uhr) ansehen: besser als von Wagner/ Uthoff und deren Gäste hat noch keine der vielen Möchtegern-Komödianten und schon gar nicht eine Nachrichtensendung erklärt, was da in Europa und Griechenland passiert (ist). Satire gegen Großmann/frau/sucht und neoliberalem Getöse vom Allerfeinsten. Doch wie immer: nach dem Beifall ist die Sendung zu Ende. Jetzt müssten wir die Fortsetzung werden: "Sturz des finstersten Muttialters" (Zitat CvW).

Jürgen Drzymalla schrieb am 31.03.2015

Ich finde den Beitrag des griechischen Finanzministers sehr lesenswert. Zunächst möchte ich mich dem Beitrag von Berthold Killait anschliessen, dass das Grundproblem Griechenlands vor dem Beitritt zur Eurozone liegt. Das Steuer- und Abgabensystem sowie die Ausgabenseite hätten in Einklang gebracht werden müssen. Der Beitritt Griechenland zur Eurozone war verfrüht und hat dem Land nicht mehr die Möglichkeit gegeben, übermässige Ausgaben einfach durch Gelddrucken zu denken. Jetzt ist nun Griechenland in der Eurozone, und so muss man nach vorne schauen. Meiner Meinung nach ist die griechische Kritik an den Institutionen nicht völlig unberechtigt. Die harten Anpassungsprogramme des IWF, die dort vielfach eingesetzt wurden, haben vor allen in Ländern der Dritten Welt zu Massendemonstrationen geführt, und für Europa lassen sie sich meines Erachtens nicht so einfach einsetzen. Deutschland unterstützt die neuen Bundesländer Jahrzehnte lang und bringt dort auch nicht IWF Programme zur Anwendung. Der harte Sparkurs braucht in Europa demokratische Mehrheiten, und ein Licht am Horizont muss für breite Bevölkerungsschichten erkennbar sein, sonst lässt er sich auf die Dauer nicht mehr politisch durchsetzen.

Die Geste mit dem Finger würde ich nicht überbewerten, weil es vor dem Ministeramt stattfand.

---

wisu162 schrieb am 31.03.2015

Sehr geehrter Herr Varoufakis!

Das alles hat mit Mißgunst nichts zu tun!

Sie werfen Nebelkerzen, wenn Sie behaupten, dass 90% der Kredite an Banken gegangen sind.
Was haben die Banken damit gemacht? Kredite vergeben: auch an den Staat, der davon Pensionen für einen aufgeblähten Beamtenapparat gezahlt hat. Es sind Kredite für Autos gezahlt worden, die inzwischen vermutlich als gestohlen gemeldet sind. Und für Wohnungen, die vermutlich schon weiter verkauft sind, an Verwandte.
Die Banken sind nicht das zentrale Problem.

Das Problem liegt darin, und auch Ihre Regierung hat da noch nicht eine Idee geliefert: der bisherige Lebensstandard, das was sich die Griechen bisher auf Pump geleistet haben, und das tatsächliche BIP/ Kopf

liegen weit auseinander.
2 Möglichkeiten; das BIP steigt, die Griechen erarbeiten das und haben Ideen, oder man arrangiert auf dem Niveau von Rumänien.

Auf Dauer geht das nicht, sich durchschleppen zu lassen. Dem deutschen Steuerzahler ist das nicht vermittelbar.

Sie sollten Ihrem Volk die Wahrheit sagen.

Andreas Müller schrieb am 01.04.2015

Es braucht in Europa nicht nur ein Deeskalation der Missgunst ...
Es braucht auch eine Deeskalation bei Scheinargumenten!
Es ist ein Scheinargument, dass europäische Hilfsgelder zum überwiegenden Teil an die Banken gegangen sind. Es war eine Umschuldung (ob nun wünschenswert oder nicht), die den Bankrott Griechenlands vehindert hat, nachdem Griechenland zuvor die Kredite (ja, das Geld ging an die griechische Regierung ... in wieweit sie es für das griechische Volk eingesetzt hat muss man eben diese Regierungen fragen) verkonsumiert hat.

Es ist ein Scheinargument, dass das "schwarzer Peter Spiel" aufhören muss, damit Griechenland sich auf wirksame Reformen konzentrieren kann. Die Unfähigkeit/Unwilligkeit dieser griechischen Regierung zu Reformen zeigt sich mit jeder "Reformliste" erneut, die die Regierung in Brüssel vorlegt und die von allen anderen Beteiligten als "vage" "unzulänglich" "nicht nachprüfbar" "im Umfang nicht ausreichend" beurteilt wird.
Bitte Herr Varoufakis, sie sind doch nicht nur Spieltheoretiker sondern auch Wirtschaftsprofessor: Präsentieren Sie doch endlich ein Konzept, das nicht darauf aufbaut, über einen unbestimmten Zeitraum weiter fremdes Geld zu verfrühstücken während eigene Einnahmen klein- und eigene Ausgaben grossgehalten werden

---

paulo schrieb am 01.04.2015

---

dieser artikel spricht mir ganz einfahc aus dem herzen.
wer den griechen helfen will, soll den bürgern helfen und nich jenen, die mit vergangenen regierungs-banditen geschäfte machten, die dann nicht aufgiengen.
es ist eine frechheit, dass banken auf kosten der einfachen

armen leute freigehalten werden, um auch weiterhin ihr bonis abzuholen.
dass man auf dem buckel des einfachen bürgers schulden aufbaut und dann auch noch die gewinne daraus eifahren lässt, bringt mich zum kotzen..... sorry es ist aber wirklich so!

FRANZ stadelmann schrieb am 01.04.2015

Hallo! Warum nimmt die griechische Finanz nicht das Angebot der
Schweizer-Finanz an,die für die Griechen, Steuerflüchtlinge ausforschen und bekannt geben. Da kommt sicher einiges an Geld rein. Hat ja bei den Deutschen auch funktioniert. Wer nicht wagt der nicht gewinnt!!!
PQDNB

Stein-Erik Greter schrieb am 01.04.2015

Es ist wie ich immer gesagt habe, wenn ein Land fehler macht sind immer die Ausländer schuldig auch wenn einige deutsche Politiker Feingefühl vermissen liesen. So viele hatten echte Hoffnungen in diese neue

Regierungesetzt, wurde aber in das gockelhafte Auftreten einige Minister sehr entäuscht.
Wie mussten nicht die Finnen beim Zusammenbruch von UdSSR wirtschaftlich leiden. Die haben sich aber selbst aus der Patsche gezogen, und wie haben die Baltische Länder sich nicht geschuftet und die sind auch stolze Nationen!
Dass die alten Parteien korrupt waren steht fest, aber die neue Regierung hat geglaubt, dass Arroganz und z. T. dumme Sprüche harte Arbeit ersetzen können! Sind neue effektive Steuergesetze in Arbeit, ist ein Kataster in Arbeit? Ich habe das Gefühl, dass einige dortige Politiker etwas zu viel Zeit mit Selbstdarstellungen vertrödeln und nicht merken wie dies bei der Bevölkerung ärmere Länder wirkt. Wie jeder der einen maroden Betrieb übernommen hat muss eine realizierbare zeitliche Planung für die Zukunft erstellen und darstellen wie die Fehlentwicklungen zu beheben sind.

Kim J+Singh schrieb am 01.04.2015

Wir alle Bürger Können unendlich Pingpong spielen. Die Griechen haben Milliarden Hilfe bekommen palavrieren einige und das Griechenland ärgerlich nur eine kleinere

Teil der Milliarden Hilfe bekam, kontern die andere. Wissen tut keine von uns. Als der Amerikanische Senat in 2008 die Rettungsmilliarden genehmigen sollte (AIG), die Senatoren sollen gesagt haben ohne detaillierte Information über wer die Hilfe bekommen wird (=Gläubiger), wird kein einzige Dollar-Hilfe genehmigt. Oh, wunder, die Amerikaner wissen wer die Milliarden bekamen.
Gemäß Bloomberg, wäre die Deutsche Bank ohne 10 Mrd aus damalige Amerikanische Mrd.
Hilfe in eine Finanzielle Not geraten. Unsere Politiker sind nicht naiv, Herr Schäuble mit Nichten nicht! Sie müssen wissen wohl wer mit Mrd Hilfe an Griechenland, gerettet worden ist um innerhalb EU eine Insolvenz Domino Effekt vorzubeugen. Nur wir die Bürger sind nicht informiert. Griechenland kann unmöglich €200 Mrd (zinspflichtige Kredite) verkonsumiert haben. Selbst wenn, wer sind die die damit reicher geworden, in Griechenland und EU? Geld geht nicht verloren.

Inkognito schrieb am 01.04.2015

@ Stein-Erik Greter: "Arroganz und z. T. dumme Sprüche" sind die Darstellungen unserer

Mainstreammedien! Haben Sie schon andere Quellen gelesen, z.B. die offenen Briefe von Varoufakis und Tsipras, den Briefwechsel mit den Institutionen, das 40-Punkte-Programm o.ä. (bis auf den obigen)? Ich denke nicht, dann kämen Sie zu einem anderen Schluss.

H.Ewerth schrieb am 02.04.2015

Was mich umtreibt, ist , wieso erhielt Deutschland das für das Desaster in der Welt verantwortlich war. bei der Schuldenkonferenz 1953 einen Schuldenschnitt? Wieso ein langfristiges Rückzahlungsmoratorium, Marshall Plan, Hunderttausende Carpakete, kostenlose Schulspeisungen, Tausende Gastfamilien aus dem Ausland nahmen deutsche Kinder für Monate auf? Jährliche Weihnachtsfeiern der Alliierten, für tausende deutsche Kinder? Weil man jemandem am der am Boden liegt (auch wenn selber verschuldet) nicht noch nachtritt! Genau das hätte ich heute von Deutschland gegenüber Griechenland erwartet. Das Deutschland es nicht tut, zeigt nur, dass Deutschland vergessen hat wem sie den Wiederaufstieg zu verdanken hat, und zeigt auch dass viele in Deutschland bis heute aus der Geschichte nichts gelernt haben, oder nichts lernen wollen. Weil die

meisten Deutschen, damals nicht zur Verantwortung gezogen worden sind.

Griechenland welches nicht für Gräueltaten der NS Zeit verantwortlich war und ist, verweigert man die Solidarität? Nicht einmal kommt Deutschland seinen Reparation Zahlungen an Griechenland nach? Durch viele Tricks, wird noch 70 Jahre danach alles daran gesetzt, Zahlungen zu vermeiden. Solange sich Deutschland so verhält, kann ich nur sagen, hat Deutschland hat aus seiner Geschichte nichts gelernt, und ist noch obendrein undankbar, dem Ausland gegenüber, hätte Deutschland damals nicht die Solidarität, wie o.g. aus dem Ausland erfahren, wäre Deutschland heute noch ein Entwicklungsland. Das haben in Deutschland viele, wie man liest, hört und sieht in Deutschland vergessen, wem sie ihren eigenen Wohlstand in Wirklichkeit zu verdanken hatten und haben.

H.Ewerth schrieb am 02.04.2015

Deutschland sollte sich einmal fragen, warum sie Verträge abschließen, vor denen bereits im Vorfeld

gewarnt wurde? Eine gemeinsame Währungsunion, ohne gleichzeitig eine gemeinsame Fiskal, Steuer und Sozial Union kann nicht funktionieren. Das, davon bin ich überzeugt, wussten auch die Verantwortlichen, (wenn nicht sollten sie schnellstens zurücktreten) denn es ging den Verantwortlichen nicht darum ein gemeinsames Europa zu bauen, sondern nur um alles nach Euroeinführung niederkonkurrieren zu können. Nicht umsonst hat Deutschland kurz nach Euroeinführung den größten Niedriglohnsektor in Europa aufgebaut, weil sich die Länder ohne eigene Währung nicht mehr wehren konnten und können. Die fatalen Folgen, dieser egoistischen Sichtweise, kann man jetzt sehr schön im Süden Europas beobachten insbesondere in Griechenland. Das aber jetzt das Land, was am meisten von der Währungsunion profitiert hat, ausgerechnet dem kleinsten Land gemessen am BIP 2,5%, die Schuld daran geben will, obwohl man weiß, dass die Ursachen woanders liegen, zeigt wie schäbig sich Deutschland wieder einmal verhält. Es kommt noch besser, Deutschland verdient noch an der Krise in Europa, alleine die Zinseinsparungen liegen bei ca. 80 Milliarden.

Dr. Sven Johansson schrieb am 02.04.2015

Ich danke der IPG für die Veröffentlichung des Textes von Herrn Varoufakis. Denn auch ich bin Opfer der medialen Desinformation geworden. Inzwischen sehe ich die Dinge so: Verantwortungslose Großbanken haben mit korrupten (konservativen) griechischen Politikern Kreditverträge abgeschlossen, von denen beide Seiten wussten, dass diese niemals zurückbezahlt werden können. Wie Herr Varoufakis schreibt, profitieren in erster Linie die Banken von den "Hilfsleistungen", weil die Gelder zu 90% an sie fließen. Die Leidtragenden sind die griechische Bevölkerung, die unter der ökonomisch wenig sinnvollen Austeritätspolitik leidet, sowie die europäischen Steuerzahler, die nun für die Zahlungsausfälle der Großbanken mit Milliardenbeträgen einspringen müssen. Da ein Ende nicht in Sicht zu sein scheint, wäre es damals sicher sinnvoll gewesen, einen Schuldenschnitt zu diskutieren. Das allerdings hat die mächtige Bankenlobby zu verhindern gewusst.
Leider stellen selbst die sog. Qualitätsmedien die von Herrn Varoufakis genannten Zusammenhänge in dieser Klarheit kaum dar. Stattdessen werden Ressentiments

gegen die vermeintlich "faulen" Griechen geschürt. Ich frage mich daher - auch angesichts der Vernetzung der Chefredaktionen der großen dt. Tageszeitungen in transatlantischen think tanks - ob dies ein Zufall ist. Als sich der Deutsche Bank-Chef Alfred Herrhausen in den 1980er Jahren für einen Schuldenschnitt der Länder der Dritten Welt einsetzte, wurde er 1989 (angeblich von der RAF) umgebracht. Als Josef Ackermann 2010 bei May-Britt Illner befragt wurde, ob er in Bezug auf Griechenland einen solchen Schuldenschnitt ebenfalls für sinnvoll erachten würde, sagte er sinngemäß: Ich möchte nicht, dass es mir so geht wie Herrn Herrhausen. Das gibt mir sehr zu denken. Und ich sehe unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, die ich angesichts der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts als große Errungenschaft ansehe, in großer Gefahr.

Michael A. Louis schrieb am 03.04.2015

Aus meiner Sicht ist es für alle Seiten und alle Stakeholder allerhöchste Zeit, mit den scheinheiligen Worthülsengefechten und Problemlösungsvermeidungsstrategiespielen aufzuhören,

und es gibt in der gegenwärtigen Eskalationsstufe des Problemkreises bestenfall nur noch einen - wenngleich zweigeteilten - Weg, die Schulden Griechenlands innerhalb weniger Wochen zu begleichen und eine in Europa bisher nie dagewesen zivilstaatliche Katastrophe noch in letzter Minute zu verhindern:

Teil 1 - Alles Eigentum des Griechischen Staates in den Bereichen Immobilien, Unternehmen, Gold, Wertpapiere etc. sollte innerhalb von 3 - 6 Monaten im Wege des Tenders an freundliche Investoren - einschliesslich möglicher Private-Public-Partnerships - im Sinne von White Knights veräussert werden. Für die Durchführung dieser Transaktionsgruppe sind einzig eine Handvoll Kabinettsmitglieder verantwortlich, und das Versäumnis, dergestalt schnell zu handeln kann auch in Zukunft durch das darbende Griechische Volk niemand anderem angelastet werden.

Teil 2 - Die Bundesrepublik Deutschland sollte alle berechtigten Reparationszahlungen vollumfänglich, unverzüglich und in Höhe des heutigen Wertes der Forderungen zuzüglich der entstandenen Verzugszinsen an den Griechischen Staat zahlen bzw. in einen globalen

Schuldentilgungsfond einfliessen lassen. Dies nicht zu tun oder die Pflicht dies zu tun zu verleugnen bedeutete nicht nur, dass die gesamte menschenrechtsbasierte Politik der heutigen BRD sich ad Absurdum führen und zu abstrusester Heuchelei verkommen würde, sondern auch , dass dieselbe BRD, die weltweit in schulmeisterlichster Art für die Einhaltung von Menschenrechten plädiert, sich durch den Versuch, die Schuld des Nazi-Unrechtsstaates abzuerkennen bzw. sich dem Dafür-Einstehen-Müssen argumentativ zu entziehen sich quasi moralisch vor den Augen der gesamten Weltöffentlichkeit zum blossen Nachfolgestaat des Naziregimes degradierte. Dies wäre an Ungeheuerlichkeit kaum zu überbieten und dürfte zu dem schwerwiegendsten Imageschaden Deutschlands in der Welt seit dem Aufstieg und dem zerstörerischen Unwesen Hitlers führen.
Ich kann nur hoffen, dass hier Rechthaberei und Selbstbebauchpinselung noch rechtzeitig durch ergebnisoffenen Dialog und Einsicht ersetzt werden können.

Rainer Bohnet schrieb am 07.04.2015

Die Forderungen Griechenlands auf Zahlung von Reparationen müssen seriös und unabhängig von der aktuellen Finanzkrise geprüft werden. Ansonsten muss verbal dringend abgerüstet werden. Das gilt für alle Seiten.
